

Richtungstreit in der EU: Europa als ein Wirtschaftsmodell oder als eine solidarische und politische Union?

Von Rainder Steenblock, europapolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion Bündnis90/Die Grünen

Die Europäische Union befindet sich in einer Phase der Neuorientierung. Nach der Ablehnung des europäischen Verfassungsvertrages durch die Bevölkerung zweier Gründerstaaten und dem gescheiterten Finanzgipfel in Brüssel stellt sich die Frage, was soll die Europäische Union sein: Ein gemeinsamer Markt oder eine solidarische und politische Union? Diese Frage müssen die Staats- und Regierungschefs der EU-Mitgliedstaaten in den kommenden Monaten ehrlich beantworten.

Bei den verlorenen Verfassungsreferenden in Frankreich und in den Niederlanden spielten innenpolitische Gründe eine wichtige Rolle. So sprach man Wochen vor dem Referendum in Frankreich oft von einem „Raffarindum“. Nach der Abstimmung gaben dann 62 Prozent der Bürgerinnen und Bürger an, gegen die EU-Verfassung gestimmt zu haben, um den Rücktritt von Premierminister Jean-Pierre Raffarin zu erzwingen. Ausschlaggebend für die Ablehnung des Verfassungsvertrages war jedoch eine Gemengelage von Angst vor Arbeitslosigkeit, Ablehnung eines zu liberalen Europas und Unzufriedenheit mit der wirtschaftlichen und sozialen Situation. Ein weiterer Grund für das Nein war sicherlich die Diskrepanz zwischen der Formulierung hehrer Ziele auf europäischen Gipfeln und dem fehlenden Willen diese auch zu erfüllen oder dafür die notwendigen Finanzmittel bereitzustellen. Die Warnung Wim Koks anlässlich seiner Halbzeitbilanz zur Lissabon-Strategie, dass Europa zu einem „Synonym für verfehlte Ziele und gebrochene Versprechen“ werden könnte, wurde nicht gehört. In den verlorenen Verfassungsreferenden hat sich dann deutlich gezeigt, dass die europäischen Bürgerinnen und Bürger das Vertrauen in Europa verloren haben.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen das Vertrauen wieder zurück gewinnen. Wir sind davon überzeugt, dass die Ergebnisse der Verfassungsreferenden keine grundsätzliche Ablehnung des europäischen Gedankens widerspiegeln, sondern dass sich die Bürgerinnen und Bürger vom Projekt der Europäischen Union „nur“

entfernt haben. Die auf dem letzten Gipfel vereinbarte Phase der Reflexion wollen wir deshalb nutzen, um die Bürgerinnen und Bürgern wieder mehr zu erreichen. Wir müssen Europa besser erklären, um deutlich zu machen was Europa für jede Bürgerin und jeden Bürger konkret bedeutet. Europa darf nicht nur ein Projekt politischer Eliten sein. Deshalb haben wir den Plan „Bürgerinnen und Bürger für Europa“ erarbeitet. In drei Schritten wollen wir die Phase der Neuorientierung für ein bürgernahes Europa nutzen.

Zunächst haben uns die verlorenen Verfassungsreferenden deutlich gezeigt, dass sich die Bürgerinnen und Bürger vor allem um das soziale Europa sorgen. Deshalb wollen wir die Diskussion über die wirtschaftliche, soziale und ökologische Ausrichtung der EU mit unseren europäischen Partnern vorantreiben und für diese Fragen ein gemeinsames europäisches Modell entwickeln. Ebenso wollen wir eine europäische Volksabstimmung über einen neuen Verfassungsrahmen für die EU. Wir schlagen vor, dass diese am Europatag 2007 stattfindet. Zur Vorbereitung planen wir eine breite gesellschaftliche Diskussion in sektoriellen und europaweiten Bürgerforen. Hier wollen wir den Sorgen und Ängsten der Bürgerinnen und Bürger Raum geben und umfassend über den Verfassungsvertrag informieren. Zu diesen Foren möchten wir ein weites Spektrum an Mitgliedern unserer Gesellschaft wie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Gewerkschaften, Sozialverbände, Umweltverbände, Vertreterinnen und Vertreter aus Sport, Kultur und Unterhaltung einladen. Koordiniert und finanziert werden sollen diese Foren von den nationalen Parlamenten, dem Europaparlament sowie der EU-Kommission. Die Bürgerforen sollen gewährleisten, dass am Tag der Abstimmung auch wirklich über die Frage, nämlich die Wahl zwischen dem Verfassungsvertrag und dem Nizza-Vertrag votiert wird. Wir wollen nicht mehr, dass die Bürgerinnen und Bürger in dieser wichtigen europapolitischen Entscheidung von innenpolitischen Problemen, gezielter Desinformation oder falscher Interpretationen beeinflusst werden.

Die Neuorientierung muss sich auch im nächsten mehrjährigen Finanzrahmen der Europäischen Union zeigen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben in dieser Diskussion immer wieder davor gewarnt, eine reine Finanzdebatte zu führen. Denn es reicht nicht aus, nur Sparziele vorzugeben oder sich mit anderen Mitgliedstaaten außerhalb und im Vorfeld der Verhandlungen auf eine

Prozentzahl für den gemeinsamen Haushalt festzulegen. Es kann auch nicht darum gehen, einen möglichst geringen nationalen Beitrag auszuhandeln. Vielmehr müssen die Staats- und Regierungschefs genau erklären, welche politischen Prioritäten sie für das erweiterte Europa setzen wollen. Und es muss ihnen klar sein, dass wir eine EU mit 27 Mitgliedstaaten nicht mit demselben Geld finanzieren können wie eine EU der 15.

Bei den Entscheidungen über den nächsten gemeinsamen Haushaltsrahmen geht es also nicht nur ums Geld. Es geht um politische Prioritäten, ausgehend von einer klaren Vision dessen, was wir tun wollen. Die Finanzentscheidungen werden darüber bestimmen, ob die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten das verwirklichen können, was die Bürgerinnen und Bürger erwarten. Beim letzten Brüsseler Gipfel hat sich gezeigt, dass einige Mitgliedstaaten nicht gewillt sind, Entscheidungen im allgemeinen Interesse Europas zu treffen. Insbesondere der britische Premierminister Tony Blair weigerte sich, über den stetig steigenden „Brittenrabatt“ von 1984 abschließend zu verhandeln. Trotz großer Kompromissbereitschaft gerade der zehn neuen Mitgliedstaaten und obwohl eine Übereinkunft in greifbarer Nähe gewesen wäre, zeigte Tony Blair keinen Willen eine Einigung zu erreichen. Vielmehr stand er abermals für das andere Europa. Für das Europa des gemeinsamen Marktes und nicht der politischen Integration, die auch Solidarität bedeutet. Solidarität hingegen haben die vor einem Jahr beigetretenen zehn Mitgliedstaaten auf diesem Gipfel bewiesen: Um doch noch eine Einigung zu erzielen, boten die ärmsten Mitgliedstaaten der EU an, auf Finanzmittel zu verzichten. Damit haben sie klar gezeigt, dass sie sich im Gegensatz zu manch „altem“ EU-Mitglied für eine starke und handlungsfähige EU einsetzen.

Auch BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen eine solidarische, politische Union. Wir wollen eine Europäische Union, die fit für die Zukunft ist. Dazu brauchen wir dringend eine grundlegende Reform der EU-Finzen. Wir brauchen einen Finanzrahmen mit dem wir die Herausforderungen der Globalisierung meistern können. Es wäre naiv zu glauben, dass wir diesen Herausforderungen der Zukunft mit nationalen Konzepten erfolgreich begegnen könnten. Wir brauchen internationale Antworten auf internationale Fragen. Für eine Finanzreform muss der Britenrabatt schrittweise abgesenkt werden. Das Vereinigte Königreich ist

heute eines der reichsten Länder der EU und braucht deshalb keinen Rabatt auf seinen Beitrag mehr. Des Weiteren fordern wir:

1. Eine Umstrukturierung der Agrarausgaben im EU-Haushalt. Gegenwärtig fließt knapp die Hälfte des EU-Haushalts in die Gemeinsame Agrarpolitik. Damit profitiert der Sektor, der lediglich 5 Prozent zum europäischen BIP beiträgt, überproportional von den Ausgaben der EU. Die EU-Mittel werden hierbei überwiegend für Direktzahlungen und Preisstützung im Agrarbereich eingesetzt. Zukünftig muss aber mehr Gewicht auf die Entwicklung des ländlichen Raums und weniger auf die Stabilisierung der Preise für landwirtschaftliche Produkte gelegt werden. Ein solcher Rückzug aus der Subventionierung der Landwirtschaft würde auch international die Bemühungen um mehr Gerechtigkeit auf diesem Markt stärken.

2. Auch die Strukturpolitik gehört auf den Prüfstand. Gerade vor dem Hintergrund der Erfahrungen, die wir mit überdimensionierten Infrastrukturprojekten in Ostdeutschland gemacht haben, müssen wir für die europäischen Strukturfonds harte Kriterien entwickeln, um die Maßnahmen inhaltlich zu optimieren und effizienter zu machen.

3. Die Transeuropäischen Netze (TEN) müssen konsequent den Infrastrukturnotwendigkeiten aus der Osterweiterung Rechnung tragen. Nicht nationale Prestigeobjekte, sondern ökologisch vertretbare Projekte müssen zu einer Modernisierung gerade der Ost-West-Achsen beitragen. Denn zwei wesentliche Bedingungen für eine wettbewerbsfähige Wirtschaft sind: nachhaltige Mobilität und eine sichere Energieversorgung.

4. Für eine zukunftsfähige Union müssen wir mehr Gelder in Innovation, Bildung und die Erforschung regenerativer Energien investieren. Weniger Mittel sollten für die Erforschung von Großtechnologien wie Euratom oder Fusionsanlagen (ITER) aufgewendet werden.

Wir sind davon überzeugt, dass die Bürgerinnen und Bürger Europas sich für eine demokratisch verfasst EU gewinnen lassen, die für sie alle eine Zukunftsperspektive bietet.